



Paul Kevenhörster

Bilanz der Zeitenwende

Wird die Politik zukunftsfähig?



Nomos

Paul Kevenhörster

Bilanz der Zeitenwende

Wird die Politik zukunftsfähig?



Nomos

© Titelbild: Piet Cremer

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-4049-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-7253-2 (ePDF)



Onlineversion
Inlibra

1. Auflage 2026

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Viele Bürgerinnen und Bürger halten den Staat für überfordert und vermissen Korrekturen politischer Fehlentscheidungen insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Außenpolitik, Klima und Migration, aber auch in der Bildungs- und Sozialpolitik sowie im Bereich öffentlicher Infrastrukturen. Mit dem Gefühl der Überforderung verbindet sich oft ein rauer Umgangston, der unser politisches Klima schädigt und unserem Verfassungskonsens auf Dauer nicht gerecht wird. Krisenzeiten bieten zugleich die Chance zur kritischen Rückbesinnung. Dies gilt gegenwärtig sowohl für die internationalen Herausforderungen an die deutsche Außen- und Verteidigungspolitik als auch für neue Aufgaben der Innenpolitik. Vor diesen Herausforderungen stehen dabei nicht nur die politisch Verantwortlichen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger und die Politikwissenschaft. Letztere ist dabei herausgefordert, eine Antwort auf die mit der „Zeitenwende“ einhergehende Sinnkrise zu geben. Beobachter sehen die Bundesrepublik in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Die Zeitschrift CICERO stellt die Frage, „...warum Visionen fehlen, in der Politik zu viele Apparatschiks unterwegs sind und sich die Gesellschaft in kleinteiligen Pseudodebatten verliert“ (Korfmacher 2026b).

Der Politikwissenschaftler Peter Neumann hat darauf hingewiesen, dass *der Westen* trotz der Attacken des russischen sowie des amerikanischen Präsidenten nicht zerbrochen, sondern nur *flüchtiger* geworden sei. Seine Kraft liege in seiner Fähigkeit zur Selbstkorrektur und in der Kunst, sich selbst infrage zu stellen (Neumann 2025, S.41). Genau dies geschieht zurzeit in Europa. Dabei stellt sich auch die Frage, ob die deutsche Politik neue außenpolitischen Handlungsspielräume nutzen kann und damit ihrer Rolle als europäische Führungsmacht gerecht zu werden vermag.

Herfried Münkler hat in dieser Zeit vielfältiger Krisen und globaler Herausforderungen zu Recht die „deutsche Bedenklichkeit“ beklagt: eine fatale „Mentalität des Zögerns und Abwartens der politischen Klasse ... mit geringer Führungsfähigkeit“ (Münkler 2025). Diese Strategielosigkeit des politischen Denkens und Handelns gilt es zu überwinden. Die Bundesrepublik steht dabei vor der Aufgabe, ihr Staatsverständnis auf den Prüfstand zu stellen, die Staatsziele und politischen Prioritäten neu zu bestimmen und daraus Folgerungen für eine *zukunftsfähige Politik* zu ziehen. Vermeintlich beruhigende Rückblicke auf eine bequeme Vergangenheit, die auf Kosten

der politischen Weitsicht erkaufte wurde und zu zahlreichen Selbstblockaden geführt hat, helfen dabei nicht mehr weiter. Eine fundierte Analyse dieser deutschen Selbstblockaden und ihrer Ursachen hat der Londoner Historiker Frank Trentmann jüngst vorgelegt (Trentmann 2025). Daran anknüpfend stellt sich die Frage, ob die politischen Entscheidungsträger und unsere politischen Institutionen den neuen Herausforderungen gewachsen sind und welche Schritte notwendig sind, um zukunftsfähig zu werden.

Diesen Fragen möchte das vorliegende Buch nachgehen und dabei das Prinzip der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als *Leitplanken* für ihre Beantwortung zugrunde legen. Dabei sollen Hypothesen, welche die aktuelle Politik belasten aus politikwissenschaftlicher Sicht dargestellt, aber auch Wege nach vorn aufgezeigt werden. Es stellt ein Plädoyer für eine zukunftsfähige Politik dar, welche die Herausforderung annimmt, die an eine nachhaltige und generationengerechte Gesellschaft zu stellen sind.

Die Betrachtungen stützen sich dabei auf zwei wesentliche Säulen. Zum einen beziehen sie sich in erheblichem Umfang auf mediale Berichterstattung und Kommentierungen und unterliegen damit auch den Gefahren der „Aufmerksamkeitsökonomie der medialen Selbstbeschreibung“ (Nassehi 2024). Die unvermeidbaren Einseitigkeiten dieser Aufmerksamkeit sollen durch Rückgriffe auf Urteilsmaßstäbe der klassischen Politikwissenschaft und der neueren Politikanalyse aufgefangen werden. Weiterhin habe ich mich bei der Erarbeitung des Buches auf eigene Analysen stützen können, die ich in den vergangenen Jahren zu Ergebnissen und Wirkungen der Politik, zu Strategie und Taktik und zum notwendigen Kurswechsel der deutschen Politik vorgelegt habe. In Zeiten multipler Krisen ist die Herausforderung inzwischen jedoch noch dramatischer geworden. Den Mut, mich ihr zu stellen, fand ich in Gesprächen mit Partnern und Freunden, mit den ich offen zahlreiche Probleme und Fragen austauschen konnte. Dieses Buch ist unter der Mitwirkung von Prof. Dr. Hans-Jörg Dietsche (Beirut), Dr. Benjamin Laag (Berlin) und meines Mitarbeiters an der Universität Münster Paul Schnase entstanden. Diesen drei Ratgebern bin ich für ihre wertvollen politikwissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Hinweise zu großem Dank verpflichtet – ebenso für ihre Geduld und ihr Verständnis. Dies gilt auch für die wertvollen Anregungen zu verfassungspolitischen und staatsrechtlichen Grundsatzfragen der aktuellen politischen Debatte, die ich insbesondere Diskussionen mit Benjamin Laag und Paul Schnase verdanke.

Wichtige Hinweise mit Bezug auf die politischen Herausforderungen der *Zeitenwende* haben mir zwei bewährte Ratgeber zugutekommen lassen:

mein Münsteraner Kollege Prof. Dr. Wichard Woyke und mein Kölner Studienfreund Johannes Joha.

Mein Dank gilt nicht minder den Mitgliedern meiner Familie sowie meinen Freunden und Kollegen, mit denen ich mich freimütig zu Fragen der europäischen und auch der amerikanischen Politik austauschen konnte. Ich verdanke ihnen nicht nur kritischen, gelegentlich unbequemen Rat in kontroversen Fragen der politischen Auseinandersetzung, sondern auch nachhaltige Ermutigung und moralische Unterstützung. Auf dieser Grundlage kann ich nur hoffen, mit dem vorliegenden Buch einen fundierten und hoffentlich fairen Beitrag zur Bilanzierung der *Zeitenwende* beizusteuern.

Münster, im März 2026

Paul Kevenhörster

Inhaltsverzeichnis

I.	Ausgangssituation: hohe Erwartungen und starke Widerstände	13
II.	Nach dem Erwachen am Ende einer bleiernen Ära	15
1.	Kurskorrekturen	15
2.	Lebenslügen der Politik	19
3.	Versuche einer Neuorientierung	20
4.	Gegenwind der Traditionalisten und Phlegmatiker	21
5.	Ein Dilemma: der Ehrgeiz der Landesfürsten und das Schweigen der Gestrigen	23
6.	Eine Warnung Albert Einsteins	24
III.	Hausaufgaben der Wirtschaftspolitik	25
1.	Zwischen liberaler Politik und Staatsbeglückung	25
2.	Die Quadratur des Kreises	26
3.	Neue Herausforderungen der Wirtschaftspolitik	26
4.	Auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Sozialpolitik	28
IV.	Ein neues Berliner Bündnis?	37
1.	Ein Schutzwall gegen Rechtsaußen	37
2.	Großer Langmut und klare Sprache	39
3.	Ein neues Bündnis der politischen Mitte?	40
4.	Wird Berlin etwa doch noch Weimar?	41
5.	Schritte einer Gegenstrategie	42
6.	Das Vermächtnis von Karl Loewenstein und Karl Mannheim	49

V.	Der libertäre Autoritarismus	53
1.	Orientierungsprobleme der politischen Mitte	53
2.	Eine neue Führungsaufgabe	55
3.	Die Warnung des Domprobstes	56
VI.	Ein neuer Autoritarismus im grünen Gewande?	59
1.	Die Angst vor staatlicher Bevormundung	59
2.	Das Dilemma einer „Verbotspartei“	60
3.	Orientierungsprobleme einer intellektuellen Schickeria	61
4.	Gefragt: Akzeptanz in der politischen Mitte	62
5.	Von der ewigen Furcht vor autoritärer Bevormundung	62
VII.	Eine bleibende Gefahr: die Selbstzerstörung der politischen Mitte	69
1.	Tore und Eigentore	69
2.	Wird das Land unregierbar?	71
3.	Das „Tor zur Hölle“ – Politik als Hazard-Spiel	71
VIII.	Kurswechsel zwischen behäbiger Selbstbehauptung und schöpferischem Neubeginn	73
1.	Abschied von der heilen Welt	73
2.	Allianz der Abschreckung	76
3.	Prioritäten der Zeitenwende	77
4.	Kampf dem Leviathan	78
5.	Politische Führungsauslese: der Weg der Furchtsamen?	79
IX.	Bausteine einer zukunftsfähigen Politik	81
1.	Ein alter Kontrollverlust: Hypotheken der Migrationspolitik	81
2.	Eine zukunftsfähige Haushaltspolitik	84
3.	Ist die Bildungspolitik zukunftsfähig?	91

4. Auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Außen- und Verteidigungspolitik	93
Fehlsteuerung: die Blindheit der Russland-Freunde	94
Das Dilemma kollektiver Selbsttäuschung	97
Eine neue Russlandpolitik statt alter Träume	97
5. Eine Zeitenwende für die Verwaltung? (Hans-Jörg Dietsche)	103
Staatsmodernisierung als zentrales Versprechen der „Arbeitskoalition“	103
Ein neues Ministerium und seine Kompetenzen	105
Die „Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung (Bund)“	106
Umfangreiche Kataloge von Entlastungsmaßnahmen	109
Ein Fazit	113
X. Zeitenwende – der dornige Weg einer zukunftsfähigen Politik	117
Exkurs: Heimkehr in die Standbild-Republik	118
1. Auftrag und Schutz politischer Ämter	119
2. Politische Führungsstärke – mit dem Schwert der Richtlinienkompetenz und im Geist der Villa Borsig	121
3. Die Sach- und Stilkritik der Medien	125
4. Umriss einer nachhaltigen Politik	126
5. Zwischen Hoffnung und Prokrastination	132
6. Das Dilemma der politischen Mitte	136
Quellenverzeichnis	145

I. Ausgangssituation: hohe Erwartungen und starke Widerstände

„Der offenkundige Wille zu permanenter Aufwallung, noch dazu befeuert durch die Medien und die Politik, verstellt leider den Blick auf sinnvolle, pragmatische Lösungswege.“
Alexander Marguier

Die Wahl der neuen Bundesregierung im Mai 2025 markiert das Ende von etwas Großem: die Abkehr vom „Paradies wohlstandsverwöhnter letzter Generationen“ (Meyer 2025). Eine neue parlamentarische Agenda drängt sich auf: die Neuerfindung des demokratischen Westens, existenzielle Fragen der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit und das in den Hintergrund treten von – oft als „Luxusdebatten“ bezeichneten – Politikfeldern wie Identitätspolitik und Nachhaltigkeit. Sozialdemokraten und Christdemokraten müssen darum ringen, wirtschaftliche Kreativität und sozialen Ausgleich miteinander zu verbinden, die moderne Arbeiterschaft wieder zu entdecken und so die wirtschaftliche Strukturkrise überwinden, in der sich Deutschland seit langem befindet.

Darin liegt ein Auftrag, wie ihn der Dichter Johann Wolfgang von Goethe als Minister in Weimar umschrieben hat:

„Wie ich die Menschen sehe, scheint mir in ihrer Natur immer eine Lücke zu bleiben, die nur durch ein entschieden ausgesprochenes Gesetz ausgefüllt werden kann.“

Doch was wünscht sich die Bevölkerung? Nach neueren Repräsentativumfragen zumindest weitreichende Strukturreformen für eine moderne Finanzpolitik, einen erneuerten Sozialstaat und neue Impulse für Bildung und Wissenschaft (Mayer 2025). Entscheidend sei, ob es gelinge, den Standort Deutschland zu modernisieren und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung bietet hierfür wichtige Impulse im Bereich der steuerlichen Entlastung für Unternehmen, doch bemängeln die Kritiker, bei Themen wie Gesundheit und Rente blieben die Aussagen der Regierung vage. In jedem Fall erfordert die politische Krisenlage klare politische Prioritäten, mutige Reformen und eine Politik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Blick nimmt. Sind Regierung und Bundestagsmehrheit dazu bereit und fähig?

II. Nach dem Erwachen am Ende einer bleiernen Ära

Eine der bekanntesten Erzählungen des amerikanischen Schriftstellers Washington Irving handelt von dem Bauern Rip van Winkle, der zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft in Nordamerika durch einen Zaubertrank in einen tiefen Schlaf verfällt und nach dem Erwachen in einer unbekanntenen Umgebung feststellen muss, dass er weltpolitische Ereignisse verpasst hat. Van Winkle, der als Untertan des britischen Königs eingeschlafen war, hatte die amerikanische Revolution und den Unabhängigkeitskrieg verschlafen und war als Bürger der Vereinigten Staaten wieder aufgewacht. Ähnlich wie Rip van Winkle könnte es bald den alten Volksparteien in Deutschland ergehen, wenn sie weiterhin davor zurückweichen, sich nach zwei schläfrigen Jahrzehnten den derzeitigen Anforderungen eines neuen Umfeldes zu stellen.

Die politische Klasse muss aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und klären, welche Rolle Deutschland in einem verantwortungsbewussten Kerneuropa übernehmen will. Es geht darum, das gemeinsame Erbe der westlichen Demokratien zu schützen: das Erbe der atlantischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, der Amerikanischen von 1776 und der Französischen von 1789. Die atlantische Wertegemeinschaft muss fortbestehen (Heinrich August Winkler 2026, 40).

Inzwischen sind einige Politiker aufgewacht, haben sich die Augen gerieben und arbeiten an einer programmatischen Kurskorrektur. Dabei müssen sie sich, wie Reinhard Mohr in der Neuen Zürcher Zeitung angeregt hat, von Überzeugungen trennen wie etwa der wahnhaften Vorstellung, sie müssten ein Vorbild sein für die Welt. In der aktuellen politischen Debatte bieten die Parteien aber immer wieder ein Bild, das zum Spott herausfordert und erinnern so an einen Ausspruch des römischen Schriftstellers Decimus Junius Juvenalis: "Keine Satire zu schreiben, ist schwer – *Difficile est saturam non scribere.*"

1. Kurskorrekturen

Der frühere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages Michael Roth hat jüngst von der deutschen Politik "mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit Russland" gefordert: „Die größte und unmittel-

telbarste Bedrohung für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt geht von Russland aus. Damit müssen wir alle umgehen lernen." Die SPD müsse es sich eingestehen, „dass wir es in den 80er Jahren versäumt haben, eine verlässliche Verbindung zu den Freiheitsbewegungen in der DDR, in Polen oder Tschechoslowakei zu knüpfen" (Huld 2022). Russland wolle die Ukraine vernichten. Welch fatale Rolle einige Politiker der SPD in der deutschen Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten gespielt haben, hat noch jüngst der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Jürgen Sudhoff beklagt und in diesem Zusammenhang auch auf die Verknüpfung der Kanzlerschaft Gerhard Schröders mit den „Interessen des russischen Großkapitals" hingewiesen.

Kommentatoren sprechen sogar von einer „Politik der Naivität und Blindheit" (Kohler 2025a, S.1). Noch immer können aber die Naiven und Blinden unter dem Schutzschirm der Volksparteien, die sich nicht ganz von ihren alten Träumen zu trennen wagen, für Putin und seinen Machtapparat wirken. Aufgabe der Parteien ist es, die deutsche Außenpolitik aus dem Scherbenhaufen herauszuführen, den die Regierungsparteien und ihre Unterstützer in den vergangenen zwei Jahrzehnten angerichtet haben. Dass Putin den Anspruch erhob, die einstigen Sowjetrepubliken gehörten eigentlich zu Russland, wurde lange Zeit nicht einmal diskutiert: Die politische Klasse hat – so der CDU-Abgeordnete Norbert Röttgen in einer verheerenden Bilanz der Merkel-Jahre – die geostrategische Sicherheit Deutschlands in ihrer Wahrnehmung ausgeklammert und sich dabei außenpolitisch äußerst bequem eingerichtet.

Der Bundeskanzler hat daher gut daran getan, das politische Erbe seiner Vorgängerin auszuschlagen: eine nicht funktionsfähige Bundeswehr, den schwachen Ausbau der regenerativen Energien, das Festhalten an der geopolitisch brandgefährlichen Pipeline Nord Stream 2 und den Verkauf deutscher Gasspeicher an Putin. Er hat das Ergebnis der deutschen Außenpolitik wiederholt einen "Scherbenhaufen" genannt. Auch im Verhältnis zu China steht die deutsche Außenpolitik vor einer herausfordernden Aufgabe neuer programmatischer Kursbestimmung, die etwa die China-Expertin und Publizistin Xifan Yang zu drei Schlaglichtern zusammenfasst: die Verringerung der Abhängigkeit Deutschlands von der chinesischen Volksrepublik sowohl im Konsumgüter- als auch im Investitionsgütersektor. Geboten ist eine stärkere Diversifizierung der Exporte und Importe. Zweitens muss die deutsche Außenpolitik gegenüber den expansionistischen, aggressiven Tendenzen der chinesischen Politik in der Taiwan-Frage künftig stärker auf